

Erklärung der Niedersächsischen Allianz für die Krankenhäuser

Gemeinsame Kritik an den Kürzungsplänen des Bundes im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes

Hannover, 03.06.2026

Die Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser lehnt die aktuellen Kürzungspläne der Bundesregierung im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes ab. Die vorgesehenen Maßnahmen verschärfen die bereits massiv angespannte wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser weiter und gefährden eine verlässliche und flächendeckende Patientenversorgung.

Die Landesregierung in Niedersachsen wird aufgefordert, Änderungen durchzusetzen oder sich im Bundesrat für die Anrufung des Vermittlungsausschusses einzusetzen. Wenn das Gesetz in der jetzt geplanten Form kommt, ist ein Nothilfeprogramm für die Krankenhäuser erforderlich.

Die Krankenhäuser in Niedersachsen stehen weiterhin unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. Steigende Personal- und Sachkosten, inflationsbedingte Belastungen sowie strukturelle Defizite in der Finanzierung treffen auf politische Entscheidungen, die die Situation zusätzlich verschlechtern. Besonders kritisch sind die vorgesehenen Kürzungen, die Streichung der vollständigen Refinanzierung von Tarifsteigerungen sowie die Ausweitung von Prüf- und Kontrollmechanismen. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung des Personals und einer weiteren Zuspitzung der Arbeitssituation in den Kliniken.

Die geplanten Eingriffe der Bundesregierung stehen im deutlichen Widerspruch zu der bereits laufenden Krankenhausreform. Diese kann geordnet nur gelingen, wenn die wirtschaftliche Stabilität der Krankenhäuser gesichert bleibt. Weitere Kürzungen erhöhen hingegen das Risiko deutlich, dass Krankenhäuser noch vor Umsetzung der Reform ausscheiden werden, was zu einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führt.

Die Allianz stellt klar: Eine leistungsfähige Krankenhauslandschaft ist unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Politische Entscheidungen müssen dieses Ziel stärken und dürfen die bestehenden Strukturen nicht weiter destabilisieren. Tariftreue und Personalkostenkürzungen passen nicht zusammen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dürfen das Gesetz in dieser Form nicht beschließen.

Spätestens der Bundesrat hat dafür zu sorgen, dass in den Bundesländern weiterhin eine verlässliche flächendeckende Krankenhausversorgung gewährleistet bleiben kann.

Die Mitglieder der Allianz fordern:

Rücknahme der geplanten Kürzungsmaßnahmen im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes

Die vorgesehenen Einsparungen bei den Krankenhäusern sind angesichts der bereits bestehenden Belastungen nicht tragbar. Sie verschärfen die wirtschaftliche Notlage und gefährden die Versorgungssicherheit. Die Kürzungspläne müssen daher vollständig zurückgenommen werden, zumal die Krankenhäuser bereits im Jahr 2026 einen Sparbeitrag zu Gunsten der Krankenkassen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro geleistet haben. Durch den Wegfall des befristeten Rechnungszuschlags fehlen ab 2027 weitere 4 Mrd. Euro pro Jahr.

Volle Finanzierung von Tarifsteigerungen (Tariftreue)

Tarifbedingte Personalkostensteigerungen müssen vollständig refinanziert werden. Die Krankenhäuser dürfen nicht gezwungen sein, steigende Personalkosten zu Lasten des Personals durch Stellenkürzungen kompensieren zu müssen. Eine verlässliche und vollständige Gegenfinanzierung ist Voraussetzung für faire Arbeitsbedingungen und die Sicherung von Fachkräften. Die vorgesehene Kürzung verstößt gegen den Koalitionsvertrag.

Ermöglichung von Effizienzsteigerungen durch Bürokratieabbau

Zur Entlastung der Krankenhäuser und ihrer Mitarbeitenden müssen bürokratische Vorgaben reduziert und Prozesse vereinfacht werden, die nicht der Patientensicherheit oder dem Arbeitsschutz der Beschäftigten dienen. Dazu gehört der Abbau administrativer Belastungen, um die vorhandenen Ressourcen effizienter einsetzen und auf die Patientenversorgung konzentrieren zu können. Die vorgesehene Ausweitung von Prüf- und Kontrollmechanismen bewirkt das Gegenteil und ist daher vollständig zurückzunehmen.

Verlässliche Rahmenbedingungen für die Krankenhausreform

Die laufende Strukturreform im Krankenhausbereich erfordert Planungssicherheit. Diese kann nur gewährleistet werden, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die wirtschaftliche Grundlage der Krankenhäuser gesichert sind. Politische Entscheidungen müssen im Hinblick auf den Reformprozess konsistent und aufeinander abgestimmt sein. Die Rücknahme der erst kürzlich eingeführten Entlastungen für das Pflegepersonal ist ein Vertrauensbruch.

Anerkennung der systemrelevanten Rolle der Krankenhäuser

Die Arbeit der Krankenhäuser und ihrer Beschäftigten ist ein zentraler Pfeiler der öffentlichen Daseinsvorsorge. Politische Entscheidungen müssen dieser Bedeutung Rechnung tragen und dürfen nicht zu einer weiteren Schwächung der Strukturen führen. Die überproportionale Belastung der Krankenhäuser und ihrer Mitarbeitenden durch die massiven Kürzungen verkennt die wesentliche Rolle der stationären Versorgung.

Nothilfeprogramm des Landes Niedersachsen für den Fall fortbestehender Kürzungen

Das Land Niedersachsen hat es in der Hand, über die Rolle des Vorsitzes in der Gesundheitsministerkonferenz für einen Stopp im Bundesrat zu sorgen. Sollten die Kürzungspläne des Bundes – wie mit dem Kabinettsbeschluss vorgesehen – umgesetzt werden, ist das Land Niedersachsen gefordert, kurzfristig ein Nothilfeprogramm zur finanziellen Stabilisierung der Krankenhäuser aufzulegen. Nur so kann eine akute Gefährdung der Versorgungssicherheit abgewendet werden.

Mitglieder der Allianz für die Krankenhäuser



DRK-Landesverband
Niedersachsen e. V.



NIEDERSÄCHSISCHER
STÄDTETAG



Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser

Die Niedersächsische Allianz für die Krankenhäuser ist ein Zusammenschluss von 19 Verbänden und Organisationen der in den Krankenhäusern vertretenen Berufsgruppen und Krankenhausträger. Die Allianz vertritt deren gemeinsame Interessen und setzt sich für eine angemessene Finanzierung sowie für die gesellschaftliche und politische Anerkennung der Arbeit in den Krankenhäusern ein.

Eine komplette Übersicht der Mitglieder ist auf der [NKG-Website](#) abrufbar.